

SWP-Aktuell

NR. 22 MAI 2026

Die destabilisierende Rolle der Vereinigten Arabischen Emirate in afrikanischen Konflikten

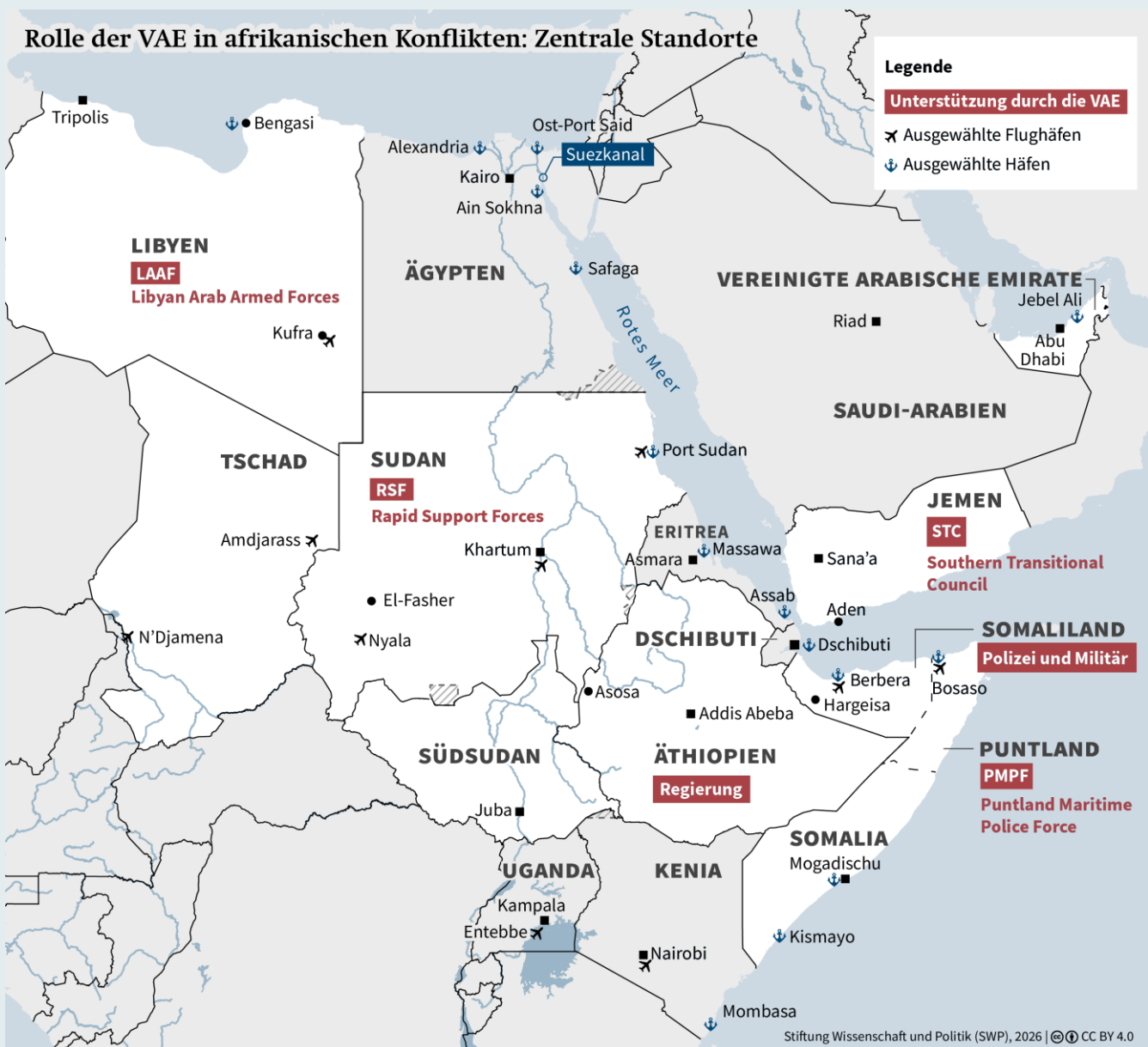
Gerrit Kurtz/Wolfram Lacher/Stephan Roll

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) zählen inzwischen zu den aggressivsten externen Akteuren in afrikanischen Konflikten, besonders in Äthiopien, Libyen, Sudan und Somalia. Beharrlich leugnet die Führung in der emiratischen Hauptstadt Abu Dhabi ihre Unterstützung für bewaffnete Akteure, führte sie aber sogar während des amerikanisch-israelischen Kriegs gegen Iran fort – trotz dessen gravierender Auswirkungen auf das eigene Land. Diese Unterstützung erschwert eine konstruktive Konfliktbearbeitung und verschärft humanitäre Krisen und regionale Instabilität. Sie untergräbt Europas Interesse an stabilen Handelswegen, Fluchtursachenbekämpfung und regionaler Integration. Daher sollte Deutschland das destabilisierende Vorgehen der VAE wesentlich stärker in den bilateralen Beziehungen gewichten, deutlicher kritisieren und gemeinsam mit seinen europäischen Partnern Sanktionen prüfen. Der Kontext des Irankriegs sowie Spannungen zwischen den VAE und Saudi-Arabien bieten Chancen, einen Politikwechsel in Abu Dhabi zu bewirken.

Der Irankrieg hat eine Entwicklung in den Hintergrund gedrängt, die Ende 2025 zunehmend ins Blickfeld der europäischen Öffentlichkeit gerückt war: die Rolle der VAE in afrikanischen Konflikten – vor allem angesichts der verheerenden humanitären Folgen des fortdauernden Kriegs in Sudan. Dieser erreichte im Oktober 2025 einen neuen Höhepunkt, als die Rapid Support Forces (RSF) die Stadt El-Fasher in Nord-Darfur einnahmen und in der Folge Massaker mit vermutlich zehntausenden Toten begingen. Die VAE gelten als wichtigster militärischer, logistischer und finan-

zieller Unterstützer der RSF. Selbst nach Beginn des Irankriegs gingen zahlreiche verdächtige Flüge von Frachtmaschinen aus den Emiraten nach Äthiopien, offenbar um Material über die Grenze an die RSF zu leiten. Das Engagement der VAE in afrikanischen Konflikten reicht indes weit über den Fall Sudan hinaus. Bereits im libyschen Bürgerkrieg unterstützten sie ab 2014 die Libysch-Arabischen Streitkräfte (Libyan Arab Armed Forces, LAAF) von Khalifa Haftar, so auch 2019–20 bei deren Großoffensive gegen die international anerkannte Regierung in Tripolis. Die äthiopische Regierung





von Abiy Ahmed konnte sich auf Drohnenlieferungen aus den VAE verlassen, um eine Offensive der Tigray-Rebellen im Herbst 2021 zurückzuschlagen. Dabei ist typisch, dass die Emiratis nur wenig eigene Militärkräfte einsetzen. Stattdessen üben sie ihren Einfluss hauptsächlich über lokale Partner aus, darunter häufig para- oder nichtstaatliche Gewaltakteure.

Unterstützung für disruptive Akteure

Zu den Verbündeten der VAE zählen Haftars LAAF in Libyen, die RSF unter Mohamed Hamdan Dagaló (Hemedti) in Sudan, die Puntland Maritime Police Force (PMPF) sowie Polizei- und Militärkräfte Somalilands im Norden Somalias. An diese sowie an die äthiopische Regierung liefern die VAE laut Berichten Waffensysteme, die oft entscheidend für den Verlauf der Kriege sind, etwa moderne Drohnen mit langer Reichweite.

Eigene Luftangriffe flogen die VAE gegen die Regierung in Tripolis und im somalischen Puntland, wo sie eine Zelle des sogenannten Islamischen Staates attackierten.

Drei der lokalen Partner der VAE – die LAAF, die RSF und die PMPF – haben ein angespanntes bis feindseliges Verhältnis zur jeweiligen Zentralregierung. Sie entstammen parastaatlichen Milizen und kontrollieren eigenes Territorium. Die Unterstützung für die äthiopische Regierung, besonders während des Kriegs im Norden des Landes 2020–22, hebt sich von diesem Muster ab, da die Emirate dort die international anerkannte Regierung gegen die Tigray Defence Forces (TDF) stärkten. Gleichwohl verfolgen alle diese Akteure – und mithin die VAE selbst – eine disruptive Agenda in Bezug auf das jeweilige politische System und treiben eine Verschiebung der innenpolitischen Machtverhältnisse voran.

Zum Instrumentarium der VAE gehört auch, ausländische Kämpfer und Söldner anzuwerben, auf Gefechtsfelder zu transportieren oder zur logistischen Unterstützung zu verwenden. Bereits 2010 setzten die VAE ein von Südafrikanern geführtes privates Militärunternehmen ein, um in Somalia die PMPF zur angeblichen Pirateriebekämpfung aufzubauen. Später bezahlten sie sudanesishe Söldner, die auf der Seite von Khalifa Haftar um Tripolis kämpften. Und in Sudan organisierte das emiratische Sicherheitsunternehmen Global Security Services Group Rekrutierung, Transport und Bezahlung mehrerer hundert kolumbianischer Söldner, teils über eine Militärbasis in den Emiraten. Sie verstärkten die RSF mit »taktischer und technischer Expertise, dienten als Infanteristen und Artilleristen, als Drohnenpiloten, Fahrzeugführer und Ausbilder, von denen manche sogar Kinder für den Kampf trainierten«, wie die US-Regierung mitteilte, als sie 2025 beteiligte Akteure (mit Ausnahme der genannten emiratischen Sicherheitsfirma) sanktionierte.

Die militärische Unterstützung in diesen Konfliktarenen erfolgt nicht isoliert, sondern fügt sich in ein transnationales Netzwerk ein, das die Emirate aufgebaut haben. Lieferungen an die RSF gingen unter ande-

rem über den von den LAAF kontrollierten Teil Libyens (allen voran Kufra im Süden), über N'Djamena und Amdjarass im Tschad, teilweise auch über Zwischenlandungen in Kenia, Uganda und Ruanda. Bosaso in Puntland diente als Basis zur Unterstützung der PMPF, aber auch zum Transport von Waffen aus Jemen und von kolumbianischen Söldnern für die RSF. Die VAE passen die Routen und Liefermodalitäten immer wieder an, um auf Veränderungen der militärischen Lage oder der Position örtlicher Machthaber zu reagieren. Um sich Einfluss in den Ländern dieses logistischen Netzwerks zu verschaffen, setzen sie hohe Geldsummen ein. So versprachen die VAE dem tschadischen Präsidenten Déby bei einem Besuch im Juni 2023 einen Kredit von 1,5 Milliarden US-Dollar. Emiratische Kredite halfen auch den Regierungen in Äthiopien und Kenia, kurzfristige Finanzprobleme zu überwinden. Umgekehrt profitieren die VAE vom Export und Schmuggel von Gold aus Konfliktgebieten wie in Sudan.

Die Emirate leugnen einen Großteil dieser Aktivitäten, besonders die direkte militärische Unterstützung für Konfliktparteien wie die RSF. Nachdem 2024 in einem Expertenbericht der Vereinten Nationen (VN) von »glaubwürdigen« Beweisen für die Unterstützung der Emirate für die RSF gesprochen wurde, war davon im Folgebericht keine Rede mehr, im durchgestochenen Entwurf desselben Berichts indes schon. Die VAE verweisen auf die veröffentlichte, augenscheinlich angepasste Version als Beweis ihrer angeblichen Nichteinmischung und regen gar ein VN-Waffenembargo für ganz Sudan an (bisher gilt es nur für Darfur).

Um internationale Kritik zu vermeiden, betreiben die VAE erheblichen Aufwand. So blieb die emiratische Staatsministerin Lana Nusseibeh im November 2025 vier Tage in Brüssel, um sich mit Abgeordneten des EU-Parlaments zu treffen. In der gleichzeitig verabschiedeten Entschließung des Parlaments zu Sudan wird die Unterstützung der VAE für die RSF nach Widerstand der Fraktion der Europäischen Volkspartei gegen entsprechende Änderungsanträge linker Fraktionen nicht erwähnt.

Wirtschaft, Geopolitik und Selbstbereicherung

Welche konkreten Interessen dem emiratischen Vorgehen in einzelnen Konflikten zugrunde liegen, bleibt oft unklar. Entscheidungen fallen im kleinen Kreis mit Mohammed bin Zayed Al Nahyan, dem Emir von Abu Dhabi und Staatspräsidenten, im Zentrum. Da die VAE bislang kaum politische Kosten für ihren Interventionismus tragen mussten, ist die Hemmschwelle für Eingriffe niedrig. Diese folgen nicht zwingend einer konsistenten Gesamtstrategie. Gleichwohl lassen sich grundlegende Motive erkennen. So wird das sicherheitspolitische Engagement der VAE häufig mit außenwirtschaftlichen Interessen erklärt. Tatsächlich sind die Emirate in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Wirtschaftspartner zahlreicher afrikanischer Staaten avanciert. Die in Dubai und Abu Dhabi ansässigen staatlichen Logistikkonzerne DP World und AD Ports Group betreiben oder entwickeln Häfen und zugehörige Infrastruktur unter anderem in Somalia, Senegal, Tansania, Mosambik, Angola und Ägypten. Die Hafenprojekte sind Bestandteile strategisch bedeutsamer Wirtschaftskorridore, über die Rohstoffe wie Mineralien, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Energieprodukte zu internationalen Märkten transportiert werden sollen.

Für die VAE sind diese Korridore auch deshalb essentiell, weil sie den langfristigen Zugang zu strategischen Ressourcen und Handelsrouten sichern. Mit ihren Investitionen unterfüttern die Emirate ihre Strategie, die Wirtschaft unabhängiger vom Erdöl zu machen. Militärinterventionen lassen sich daher als Instrument sehen, diese wirtschaftlichen Interessen abzusichern.

Angesichts der Wirkung emiratischer Regionalpolitik jedoch stößt diese Deutung an ihre Grenzen. Das Engagement der VAE trägt oft zur Destabilisierung wirtschaftlicher Räume bei, was auf zusätzliche, nicht vorrangig ökonomische Beweggründe schließen lässt. Zu nennen ist hier zuvorderst das Bestreben der Emirate, mehr Einfluss in der Region und damit auch größere internatio-

nale Bedeutung zu erlangen. In erster Linie geht es darum, sich gegen deutlich größere Regionalmächte zu behaupten, etwa gegen Iran, aber vor allem gegen den direkten großen Nachbarn auf der Arabischen Halbinsel, Saudi-Arabien. Keineswegs neu sind Spannungen zwischen den beiden »Bruderstaaten«, wie sie Ende 2025 im Jemen eskalierten. Standen früher Grenzstreitigkeiten und Kompetenzgerangel innerhalb des Golfkooperationsrats im Vordergrund, manifestiert sich die Rivalität heute überwiegend in konkurrierenden wirtschaftlichen Entwicklungs- und Regionalstrategien. Beide Staaten verfolgen ambitionierte Pläne, sich als zentrale Handels-, Logistik- und Investitionsdrehscheiben zwischen Afrika, Asien und Europa zu etablieren. Spätestens seit dem von Riad erzwungenen Rückzug Abu Dhabis aus Südjemen ist klar geworden, wie gravierend der zuvor eher schwelende Konflikt tatsächlich ist – mit unmittelbaren regionalen Auswirkungen. Berichten zufolge sperrten Saudi-Arabien ebenso wie Ägypten und Somalia ihren Luftraum für Versorgungsmissionen aus den VAE an die mit ihnen verbündeten RSF. In der Folge gewann Äthiopien als logistischer Knotenpunkt für solche Lieferungen an Bedeutung. Selbst der Irankrieg, von dem sowohl die VAE als auch Saudi-Arabien stark betroffen sind, änderte wenig an den bilateralen Spannungen. Diese waren auch der Grund dafür, dass bei der internationalen Sudan-Konferenz in Berlin am 15. April 2026 zunächst keine gemeinsame Abschlusserklärung zustande kam. Ende April 2026 verkündeten die VAE zudem ihren Austritt aus dem Ölkartell OPEC+, was ihr Verhältnis zu Saudi-Arabien weiter belasten dürfte.

Das regionale Engagement ist überdies maßgeblich von der ideologischen Gegnerschaft der herrschenden Familie Al Nahyan in Abu Dhabi zur Muslimbruderschaft geprägt. Die Familie will das autoritäre Herrschaftsmodell erhalten und richtet sich gegen islamistische Strömungen, die gesellschaftliche Mobilisierung betreiben und politische Teilhabe einfordern. Deshalb verfolgt Abu Dhabi eine Politik der aktiven Eindämmung solcher Akteure, die sich

sowohl in innenpolitischer Repression als auch in interventionistischer Außenpolitik widerspiegelt. Besonders offenkundig wurde dies während der wesentlich von Abu Dhabi vorangetriebenen Blockade des Nachbarlandes Katar zwischen 2017 und 2021. Dessen Führung wurde vorgeworfen, die Muslimbruderschaft in der Region zu unterstützen.

Auch in afrikanischen Konflikten äußert sich diese Linie in der gezielten Kooperation mit lokalen Machtakteuren wie den RSF, die sich explizit gegen die Muslimbruderschaft oder ihr nahestehende Kräfte positionieren. Gleichzeitig bleibt die Abgrenzung der Emirate gegenüber anderen islamistischen Akteuren oft unscharf. Sicherheitspolitische Allianzen sind pragmatischer Natur und stehen nicht zwangsläufig mit den offiziell verkündeten Zielen der Terrorismusbekämpfung im Einklang.

Schließlich spielen auch Netzwerke von Mitgliedern der herrschenden Familien in Abu Dhabi und Dubai eine Rolle. Mansour bin Zayed etwa, ein Bruder des Staatspräsidenten und Vorsitzender des Staatsfonds Mubadala, hat laut Medien- und Forschungsberichten enge Beziehungen zu lokalen Machtakteuren in afrikanischen Konflikten, darunter Haftar in Libyen und Dagalo in Sudan. Handel und Schmuggel mit Gold und anderen Ressourcen bieten den RSF und dem regulären sudanesischen Militär (Sudanese Armed Forces, SAF) lukrative Einnahmequellen, aber auch deren Geschäftspartnern in den VAE.

Verschärfung und Ausbreitung von Konflikten

Die Konflikte in Sudan, Äthiopien, Libyen und Somalia haben jeweils eigene Ursachen, sind also keine bloßen Stellvertreterkonflikte. Dennoch fördert externe militärische und finanzielle Unterstützung – hier durch die VAE – die Bereitschaft der Konfliktparteien, ihre Ziele gewaltsam und kompromisslos zu verfolgen. Dies hat Folgen: Der Krieg in Sudan hat die größte humanitäre Krise weltweit ausgelöst,

gemessen an der Zahl von Menschen, die laut den Vereinten Nationen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind (33,7 Millionen), vertrieben wurden (zeitweise über 15 Millionen) oder an extremem Hunger leiden. Die RSF, Partner der VAE, sind für gezielte Gewalt gegen die sudanesischen Zivilbevölkerung verantwortlich. Das umfasst auch sexuelle Gewalt, Geiselnahmen, Plünderungen, Vertreibung, Angriffe auf medizinische Einrichtungen und Massentötungen. All dies richtet sich oft gegen Angehörige nichtarabischer Minderheiten wie die Masalit in West-Darfur oder die Zaghawa in Nord-Darfur. Die Stadt El-Fasher, welche die SAF und ihre Verbündeten bis Oktober 2025 als letzte Provinzhauptstadt in Darfur kontrollierten, belagerten die RSF für anderthalb Jahre. Bei der Einnahme gingen sie derart organisiert gegen die nichtarabische Zivilbevölkerung vor, dass eine VN-Untersuchungskommission von Völkermord sprach.

Das logistische Netzwerk der VAE, das sie vor allem zur Unterstützung der RSF geschaffen haben, trägt dazu bei, Konflikte in verschiedenen Ländern stärker miteinander zu verknüpfen. So haben die VAE seit Herbst 2025 ein Trainingscamp für die RSF in Benishangul-Gumuz im Westen Äthiopiens aufgebaut. Für die RSF bestimmte Rüstungsgüter, die mutmaßlich über die Stadt Berbera in Somaliland kommen, werden anscheinend auch auf einem Stützpunkt der äthiopischen Streitkräfte umgeladen. Gleichzeitig haben die RSF im Süden des sudanesischen Bundesstaats Blauer Nil eine Offensive gestartet, bei der sie offenbar auch Einheiten von Südsudan aus einsetzen.

Die emiratische Versorgung für die RSF via Tschad bedroht das fragile Gleichgewicht dort. Mehrere Bevölkerungsgruppen in Darfur – und damit die dortigen Konfliktparteien – haben enge Verbindungen in den Tschad, von wo auch ein Teil der Kämpfer stammt. Präsident Déby ermöglichte den VAE zeitweise, das Land als logistische Drehscheibe zur Unterstützung der RSF zu nutzen. Diese rekrutieren sich überwiegend aus arabischen Gruppen, was Spannungen innerhalb der tschadischen Militärelite befeuert. Vereinzelt Zusammen-

stöße zwischen den RSF und der tschadischen Armee im Grenzgebiet waren Anzeichen, dass der Konflikt eskalieren könnte.

Welche langfristigen Konsequenzen sich aus dem emiratischen Interventionismus für Europa ergeben können, zeigt Libyen. Dort war das frühe Eingreifen der VAE zugunsten Haftars maßgebend dafür, dass dessen Angriff auf Tripolis im April 2019 in einen Bürgerkrieg ausartete. Er dauerte länger als ein Jahr und hatte eine ständige türkische und russische Militärpräsenz in dem Land zur Folge. Ob die VAE die Einmischung der russischen Gruppe Wagner in diesen Konflikt finanzierte, wie der US-Militärnachrichtendienst 2020 behauptete, bleibt unklar. Gesichert ist dagegen die enge Kooperation der VAE mit Wagner während des Kriegs: Die Wagner-Logistik stützte sich unter anderem auf Transportflüge aus den VAE, die VAE stationierten Pantsir-Luftabwehrsysteme, die von Wagner-Kräften bedient wurden, und Letztere lieferten Zielkoordinaten für emiratische Drohnen. Die Emirate sind daher mitverantwortlich für die mittlerweile fest etablierte russische Militärpräsenz in Libyen und damit die anhaltende Spaltung des Landes.

Die humanitären Folgen der Konflikte, in denen die VAE intervenieren, sind weitreichend – wobei die VAE selbst weitgehend von ihnen isoliert sind. Vor allem auf den Nachbarstaaten lastet die massive Flüchtlingskrise, die der Krieg in Sudan verursacht hat. Sie schlägt sich aber auch in einer wachsenden Zahl sudanesischer Geflüchteter nieder, die über das Mittelmeer nach Europa kommen. Unter den Ankünften in Italien verdoppelte sich von 2024 bis 2025 sowohl die Anzahl als auch der Anteil sudanesischer Staatsangehöriger, von 3 auf 6 Prozent. In Griechenland stellten sudanesishe Geflüchtete 2025 mit mehr als einem Fünftel bereits die zweitgrößte Gruppe.

Unterminierung internationaler Konfliktbearbeitung

Nicht nur bei Interventionen, sondern auch beim Umgang der VAE mit internationaler

Konfliktbearbeitung zeigt sich ein durchgängiges Muster. Die Emirate beteiligen sich an diplomatischen Prozessen zur Beendigung von Konflikten, nutzen die internationale Bühne aber vor allem, um sich als vorgeblich konstruktiver Akteur darzustellen.

Das prominenteste Beispiel für solch diplomatisches Taktieren ist das Quad-Format (Ägypten, Saudi-Arabien, USA, VAE), das im September 2025 gemeinsame Zielvorstellungen für einen Waffenstillstand in Sudan vorlegte. Dazu gehört ein Ende der externen Unterstützung, welche die VAE jedoch 2025 laut US-Geheimdienstberichten noch intensivierten. Die diplomatischen Vorstöße dienten eher dazu, dass sich die RSF zum wiederholten Male als bereitwilliger Partner für einen Waffenstillstand präsentieren konnten, während sie ein Massaker verübten.

Die VAE inszenierten sich zudem als humanitärer Geber für Sudan. Auf einer gemeinsam mit der Afrikanischen Union (AU), der regionalen Wirtschaftsgemeinschaft IGAD und Äthiopien ausgerichteten Konferenz im Februar 2025 sagten sie 200 Millionen US-Dollar zu und bei einer US-Konferenz 2026 weitere 500 Millionen US-Dollar. Wohin diese Mittel fließen, ist jedoch ungewiss, da die VAE 2025 lediglich rund 33 Millionen US-Dollar in den VN-koordinierten Plan einzahlten. Deutschland hatte bereits im Berliner Libyen-Prozess (2019–20) erlebt, wie die VAE diplomatische Bemühungen unterliefen: Trotz Zusagen (gemeinsam mit Russland und der Türkei), die Unterstützung für die libyschen Konfliktparteien einzustellen, wurde sie weiter verstärkt. Selbst am Tag der Berliner Libyen-Konferenz im Januar 2020 flogen Transportmaschinen aus den Emiraten nach Ostlibyen. Infolgedessen endete der Krieg nicht aufgrund diplomatischer Anstrengungen, sondern wegen des durch die Interventionen entstandenen militärischen Kräftegleichgewichts. Sowohl Libyen als auch aktuell Sudan zeigen: Ohne Druck verspricht die Einbindung der VAE in diplomatische Prozesse zur Konfliktlösung wenig Erfolg.

Das Agieren der VAE untergräbt zudem ein wichtiges Instrument multilateraler

Konfliktbearbeitung: Waffenembargos. Die offene Missachtung des VN-Embargos für Libyen durch die VAE ab 2014 und besonders während des Kriegs um Tripolis 2019–20 dürfte Staaten wie die Türkei ermutigt haben, sich ebenso zu verhalten. Ähnliches gilt seit 2023 für Sudan. Ein VN-Expertenbericht listet zwischen Oktober 2024 und Ende 2025 458 Flüge mit schweren Transportmaschinen von Militärflughäfen in den VAE oder vom emiratischen Umschlagplatz Bosaso nach Ostlibyen. Darunter waren 239 Flüge nach Kufra, einem Knotenpunkt zur Unterstützung der RSF. Diese Transporte verletzten mutmaßlich das VN-Waffenembargo für Libyen und jenes für Darfur. Dabei ist klar: Auch die Unterstützung für die SAF durch Ägypten, Saudi-Arabien, Russland, die Türkei, Iran und andere Länder befeuert den Krieg.

Für beide Konflikte gilt, dass sich westliche Regierungen gegenüber den VAE auffällig mit Kritik zurückhalten, was sie auch daran hindert, stärker gegenüber anderen intervenierenden Staaten auf Einhaltung der Embargos zu drängen. So hat noch kein Mitglied des VN-Sicherheitsrats in Sitzungen explizit die Unterstützung der VAE für die RSF angesprochen. Diese Nachsicht gegenüber emiratischem Interventionismus hat maßgeblich zum Glaubwürdigkeitsverlust der Sanktionsregime beigetragen.

Kein konstruktiver Partner

Die Analyse emiratischer Interventionen in Afrika verdeutlicht, dass die VAE für europäische Bemühungen der Konfliktprävention und -bearbeitung auf dem Kontinent bislang kein verlässlicher Partner sind. Vielmehr agiert das Land als Spoiler, dessen Eingreifen lokale Konfliktstrukturen verschärft, Gewaltökonomien stabilisiert und die Fragmentierung der Staaten befördert. Die Folgen sind nicht nur für die betroffenen Gesellschaften desaströs, sondern berühren auch europäische Interessen – von regionaler Stabilität über Migration bis hin zur Sicherung multilateraler Ordnungsstrukturen.

Diese Einschätzung ist durchaus nicht neu. Für ihr Handeln mussten die VAE dennoch bisher nicht mit spürbaren politischen Konsequenzen seitens Deutschlands und seiner europäischen Partner rechnen. In der Abwägung dominieren andere Gesichtspunkte der Beziehungen: Wirtschafts- und Handelsinteressen, die sicherheitspolitische Kooperation, die im Zuge des Irankriegs noch größeren Stellenwert erhielt, die enge Abstimmung der VAE mit Israel, das strategische Ziel, die Emirate nicht weiter in Richtung China oder Russland abdriften zu lassen, sowie jüngst die Zusammenarbeit im Bereich Künstliche Intelligenz.

Dabei bedarf es dringend einer nüchternen und umfassenden Prüfung des Verhältnisses zu den VAE, zumal andere Aspekte bisher kaum ins Gewicht fallen. Zu nennen sind etwa die ambivalente bis blockierende Rolle der Emirate in internationalen Klimaverhandlungen, ihr pragmatisch-freundlicher Umgang mit Russland sowie politische Einflussnahme in Europa – darunter Beziehungen zu rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien und die Unterstützung von Netzwerken, die Desinformation verbreiten. Die emiratische Außenpolitik in Afrika ist daher kein isoliertes Defizit eines ansonsten konstruktiven Partners. Sie sollte vielmehr als Ausdruck eines konsistent machtpolitischen Ansatzes verstanden werden: Die VAE fördern gezielt disruptive Akteure und verknüpfen militärische Unterstützung systematisch mit kommerziellen und ideologischen Interessen.

Dieses Vorgehen könnte zukünftig noch intensiviert werden. Nachdem die VAE zum Jahreswechsel 2025/26 ihre verbliebenen Truppen im Jemen aufgrund der Differenzen mit Saudi-Arabien vollständig abgezogen haben, gewinnen afrikanische Schauplätze strategisch weiter an Bedeutung: als Knotenpunkte entlang der Handels- und Energierouten durch das Rote Meer, als Standorte für Hafen- und Logistikprojekte im Rahmen einer expansiven Außenwirtschaftspolitik, als Zugänge zu Rohstoffen sowie als sicherheitspolitische Einflusszonen. Dass die logistische Unterstützung für die RSF in Sudan selbst inmitten irani-



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autoren wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3 – 4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A22v02

Die erste Version mit der doi 10.18449/2026A22 ist nicht mehr verfügbar.

Am 6.5.2026 korrigierte Version.

SWP-Aktuell 22
Mai 2026

scher Angriffe auf die VAE andauerte, zeigt, welchen Stellenwert die Emirate dieser Politik einräumen. Auch die jüngst begonnene emiratische Zusammenarbeit mit Israel im Aufbau einer Militärpräsenz in Somaliland spiegelt solche Ambitionen wider.

Zugleich dürfte Abu Dhabi derzeit weit stärker als früher daran interessiert sein, seine guten Beziehungen gerade zu den Europäern nicht zu verspielen. Die wachsende Kritik in der Region an emiratischer Politik, die Spannungen mit Saudi-Arabien sowie die im Irankrieg offengelegte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Verwundbarkeit bieten Gelegenheit, effektiver Druck auf die VAE auszuüben. Konkret bestehen für Deutschland und seine europäischen Partner fünf Handlungsoptionen, um auf eine konstruktivere emiratische Regionalpolitik hinzuwirken:

Erstens sollte die reputative Dimension in der Politik gegenüber Abu Dhabi stärker genutzt werden. Die VAE legen großen Wert auf ihr Image als moderner, stabiler und verantwortungsvoller Akteur. Eine offenere internationale Thematisierung konfliktverschärfender Aktivitäten kann politischen Druck erzeugen. Statt nur allgemein von externer Unterstützung für Konfliktakteure in Afrika zu sprechen, sollte Deutschland sowohl die VAE als auch andere entsprechend involvierte Staaten ausdrücklich erwähnen, ohne sich dabei in die Rivalitäten am Golf hineinziehen zu lassen. Ein Reputationsschaden kann auch wirtschaftliche Folgen haben, wie im Falle der mutmaßlichen Verwicklung des früheren Chefs von DP World in das Epstein-Netzwerk – er trat nach der Intervention eines kanadischen Pensionsfonds zurück.

Zweitens sollte die EU ihre Finanzsanktionen ausweiten und konsequenter anwenden – gerade dort, wo emiratische Akteure nachweislich gegen VN-Embargos verstoßen oder bewaffnete Gruppen unterstützen.

Drittens sollte die deutsche Rüstungsexportpolitik gegenüber den VAE grund-

legend überprüft werden. Denn trotz des gestiegenen Bedarfs der Emirate, sich gegen iranische Angriffe zu schützen, gilt: Die Gefahr der Weitergabe oder des Einsatzes deutscher Rüstungsgüter in Drittstaatenkonflikten ist real. So statteten die VAE Haftars Offensive auf Tripolis in Libyen mit Pantsir-Luftabwehrsystemen auf MAN-/Rheinmetall-Chassis aus. Das französische Abwehrsystem Galix kam auf bewaffneten Fahrzeugen der VAE in Sudan zum Einsatz.

Viertens könnten strengere Maßstäbe bei der Anwendung von Geldwäsche- und Transparenzstandards angelegt werden. Die Rolle emiratischer Finanzplätze als Drehscheiben für Konfliktökonomien, informelle Kapitalflüsse und Sanktionsumgehung sollte stärker in den Fokus europäischer Regulierung rücken. Zwar wurden die VAE 2024 von der »Grauen Liste« der Financial Action Task Force gestrichen, nachdem Reformschritte im Bereich Geldwäschebekämpfung eingeleitet worden waren. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Transparenzinitiativen kritisierten diese Entscheidung jedoch als verfrüht. Sie verwiesen auf fortbestehende strukturelle Defizite bei der Durchsetzung sowie auf die anhaltende Attraktivität emiratischer Finanzplätze für problematische Kapitalströme.

Fünftens bedarf auch das diplomatische Engagement einer Neubewertung. Eine »strategische Partnerschaft«, die Deutschland seit 2004 mit den VAE unterhält, suggeriert weitgehende Interessenkongruenz. Diese Partnerschaft angesichts der Konfliktinterventionen nicht zumindest auszusetzen konterkariert den von Deutschland vortragenen Anspruch auf ein zuverlässiges, also regelbasiertes Verhalten. Nur wenn die Emirate ihre Politik in Afrika erkennbar auf Deeskalation ausrichten, kann die Partnerschaft glaubwürdig fortgeführt werden – und zugleich das vorhandene finanzielle Gewicht und die politischen Netzwerke Abu Dhabis für eine konstruktive Konfliktbearbeitung nutzbar gemacht werden.

Dr. Gerrit Kurtz und Dr. Wolfram Lacher sind Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten. Dr. Stephan Roll ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten.